

Albanien : Polarisierung nicht überwunden

Autor(en): **Lipsius, Stephan**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **78 (1998)**

Heft 5

PDF erstellt am: **17.04.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-165916>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

ALBANIEN: POLARISIERUNG NICHT ÜBERWUNDEN

Vor dem Hintergrund der gewaltsamen Auseinandersetzungen in der südserbischen Provinz Kosovo (alb. Kosova), in deren Verlauf bis Ende März 1998 über 80 Kosovo-Albaner sowie – mindestens sieben – Angehörige der serbischen Spezialeinheiten ums Leben kamen, verdient die politische Entwicklung im benachbarten Albanien besondere Aufmerksamkeit. Zwar zeichnet sich eine Involvierung des kleinen Balkanlandes in den Konflikt um die mehrheitlich von Albanern bewohnte ehemals autonome jugoslawische Provinz derzeit nicht ab, doch verweist der ungelöste Status der Provinz einmal mehr auf die «albanische Frage».

Der Ursprung des Konflikts um die ausserhalb von Albanien liegenden albanischen Siedlungsgebiete reicht weit in die Geschichte zurück und gilt als eines der letzten grossen ungelösten Probleme auf dem Balkan. Mehr als die Hälfte der albanischen Bevölkerung lebt ausserhalb des Mutterlandes, wobei – ausser in Albanien – lediglich im Kosovo die Albaner die Mehrheit der ortsansässigen Bevölkerung (90 Prozent) stellen. In allen anderen Siedlungsgebieten, die sich über mehrere Länder erstrecken (Mazedonien, Montenegro, Südostserbien, Griechenland, Italien), leben die Albaner, zum Teil unter abweichenden Bezeichnungen, als Minderheit recht unterschiedlicher Grössenordnung.

Eine Vereinigung Albaniens mit den albanisch besiedelten Gebieten in Ex-Jugoslawien (Grossalbanien) wird im Kosovo wie auch in Albanien nur von einzelnen kleinen, politisch eher unbedeutenden Organisationen gefordert und steht daher nicht auf der politischen Tagesordnung. Die seit dem Frühjahr 1996 durch Anschläge in Erscheinung getretene «Befreiungsarmee Kosovas» (UÇK) sowie die ihr nahestehenden Vereinigungen im Kosovo fordern jedoch eine Verschmelzung der von Albanern bewohnten Gebiete in Ex-Jugoslawien zu einem einheitlichen Staatsgebilde. Von den Ereignissen in seiner unmittelbaren Umgebung ist Albanien auch insofern betroffen, als dass das Land bei einer Eskalation des Kosovokonflikts sich mit einer grossen Zahl von Flüchtlingen konfrontiert sähe. Diese könnten die labile politische Ordnung des Landes unter Umständen zusätzlich gefährden.

Widersprüchliche Entwicklung

Mit den Wahlen vom 29. Juni 1997 und der Bildung der neuen Koalitionsregierung unter dem Sozialisten

Fatos Nano ist Albanien nach den Unruhen vom Frühjahr 1997 als politisches Subjekt in die europäische Staatengemeinschaft zurückgekehrt. Auf dem Weg der politischen und wirtschaftlichen Konsolidierung des Balkanlandes, das infolge des Bankrotts unseriöser Anlagefirmen vor einem Jahr für einige Wochen im Chaos versank, sind seitdem Fort- aber auch Rückschritte zu verzeichnen gewesen. Zur Beseitigung der politischen und ökonomischen Folgen des Zusammenbruchs griffen die bis zur Bildung der «Regierung der Nationalen Versöhnung» (12. März 1997) regierende Demokratische Partei (DP) wie die Sozialisten als neue Machthaber auf Politiker der alten Garde zurück. So konnte in der DP der gescheiterte Staatspräsident Sali Berisha, der mit nahezu allen Mitteln die Rückkehr an die Macht anstrebt, seine Rolle als Gegenspieler von Fatos Nano durch die konsequente Ausschaltung innerparteilicher Kritiker und durch seine Wahl zum neuen Vorsitzenden der DP am 21. Oktober 1997 festigen. Innerhalb der Sozialistischen Partei (SP) setzte sich Parteichef Fatos Nano, der bereits zwei Übergangsregierungen während der politischen Umbruchphase 1991 vorgestanden hatte, mit seinem Anspruch auf das Regierungsamt durch und beendete damit die durchaus erfolgreiche Arbeit des politischen Aufstiegers Bashkim Fino, der sich als Ministerpräsident der «Regierung der Nationalen Versöhnung» in den wenigen Monaten seiner Amtszeit internationale Anerkennung gewonnen hatte.

Zwar konnte in einigen Sektoren die ökonomische Talsohle erstaunlich schnell durchschritten werden, doch verblieb die industrielle Produktion trotz grossangelegter Privatisierungsvorhaben auf ihrem niedrigen Niveau. Gegenüber der Massenverfolgung in der kommunistischen Zeit konnte Albanien zwar anfangs auf dem Weg zu einem demokratischen Rechtsstaat

erhebliche Fortschritte verzeichnen, doch sorgten seit der Regierungsübernahme durch die DP 1992 die zunehmend unkontrollierte Allmacht der Polizei und des neuen Geheimdienstes SHIK international für negative Schlagzeilen. Fester Bestandteil der albanischen Wirtschaft waren zudem seit dem politischen Umbruch 1990/91 sogenannte «Pyramiden-Gesellschaften», die sich wie ein Krebsgeschwür über das ganze Land ausbreiteten. Bereits 1992 hatte die damals bekannteste dieser Firmen («Iliria Holding», Tirana) für Aufsehen gesorgt, als sie mit einem Schuldenberg von 3,3 Mio. US-\$ zusammenbrach.

Eine Vereinigung Albaniens mit den albanisch besiedelten Gebieten in Ex-Jugoslawien (Grossalbanien) wird im Kosovo wie auch in Albanien nur von einzelnen kleinen, politisch eher unbedeutenden Organisationen gefordert.

Ihr Eigentümer, *Hajdin Sjdia*, der in Tirana ein «Shëraton-Hotel» errichten wollte, setzte sich daraufhin in die Schweiz ab. 1995 folgten weitere Konkurse, was grosse Teile der Bevölkerung jedoch nicht davon abhielt, weiterhin beträchtliche Summen zu investieren.

Das Pyramiden-System

Im Herbst 1996 boten insgesamt neun grosse Pyramiden-Firmen ihre Dienste an. Bei Mindestanlagen von 50 000 Lek, 500 DM oder 500 US-\$ wurden monatliche (!) Zinssätze zwischen 10 Prozent und 25 Prozent versprochen. Ein Teil dieser Scheinfirmen, die aus Alibigründen über einzelne Supermärkte, Konservenfabriken, Hühnerfabriken oder Immobilien verfügten, gab sich als Stiftungen (Wohltätigkeitsvereine) aus, deren Anliegen es sei, der verarmten und arbeitslosen Bevölkerung ein regelmässiges Einkommen zu sichern. Vor allem im Herbst und Winter 1996 verzeichneten die Anlagefirmen einen unglaublichen Zulauf: Viele Menschen verkauften ihre Wohnungen, um möglichst viel Geld gewinnbringend anlegen zu können. Zur Hochburg der Pyramiden-Gesellschaften entwickelte sich die südalbanische Hafenstadt Vlora («Hauptstadt des Geldes»), wo nach örtlichen Zeitungsberichten im September 1996 täglich 300 000–400 000 US-\$ bei der örtlichen Gesellschaft «Gjallica» eingezahlt wurden.

Nachdem bereits im September 1996 die Weltbank und der Internationale Währungsfonds die albanische Regierung vor dem Treiben der Anlagefirmen gewarnt hatte, brach am 20. November 1996 als erstes grosses Unternehmen die Anlagegesellschaft «Grunjasi» zusammen.

Der Konkurs der Anlagefirma mit Sitz in Shkoderä lautete zum Jahreswechsel 1996/97 eine ganze Reihe weiterer Firmenzusammenbrüche ein, die gewalttätige Proteste der Bevölkerung zur Folge hatten. Den Demonstrationen und Unruhen, die sich Ende Januar 1997 auf ganz Südalbanien ausgeweitet hatten, war die Sperrung der Konten der noch bestehenden Anlagefirmen durch die albanische Regierung vorausgegangen. Die betroffenen Sparer fühlten sich daher von der albanischen Regierung um ihre Ersparnisse gebracht. Zum Unmut weiter Teile der Bevölkerung trug auch der Umstand bei, dass einige der Pyramiden-Gesellschaften («VEFA», «Kamberi», «Gjallica» sowie «Cenaji & Co.») die herrschende DP im Vorfeld der Parlamentswahlen vom Mai 1996 in beträchtlichem Umfang finanziell unterstützt hatten. Da die Regierung den Machenschaften der Anlagefirmen jahrelang tatenlos zugesehen hatte, traf sie aus der Sicht der betrogenen Anleger eine erhebliche Mitschuld an dem Desaster.

Unter dem Druck der Öffentlichkeit und der anhaltenden Unruhen, die am ersten Märzwochenende 1997 in Vlora und Saranda bürgerkriegsähnliche Ausmasse angenommen hatten, bot Ministerpräsident *Aleksandër Meksi* (DP) am 1. März 1997 Staatspräsident *Sali Berisha* die Demission seiner Regierung an. Dies hinderte den Kardiologen jedoch nicht daran, sich von der albanischen Volksversammlung zwei Tage später nahezu einstimmig (bei Boykott der Parlamentssitzung durch die Oppositionsparteien) für eine zweite Amtszeit wählen zu lassen. In verschiedenen Städten Albaniens hatten sich zu diesem Zeitpunkt bereits «Bürgerkomitees» formiert, die zunehmend als lokale Gegenmacht zur Zentralregierung in Tirana auftraten. Ihre Mitglieder setzten sich vorwiegend aus ehemaligen Armeeangehörigen zusammen, die im Zuge der Militärreform von 1992 – zumeist aus politischen Gründen – entlassen worden waren. Aus Sicht der Regierung handelte es sich daher bei den Komitees um den verlängerten Arm der Sozialisten, die mit ihrer Hilfe die gewaltsame Rückkehr an die Macht sowie einen kommunistischen Umsturz planten.

Bis zum Ende der zweiten Märzwoche 1997 hatten die Aufständischen, die durch Auflösungserscheinungen der albanischen Armee und durch Plünderungen in den Besitz auch von schwerem Waffenmaterial gelangt waren, zahlreiche Städte in Südalbanien eingenommen. Angesichts der chaotischen Lage im Land hatten sich zu diesem Zeitpunkt unter

Vermittlung des OSZE-Sondergesandten *Franz Vranitzky* die zehn wichtigsten politischen Parteien Albaniens auf das sogenannte «Abkommen vom 9. März» geeinigt. Dieses sah die Abhaltung von Neuwahlen bis Ende Juni 1997 unter internationaler Kontrolle, die Entwaffnung aller Bürger sowie die Bildung einer Regierung der nationalen Versöhnung vor. Zum Regierungschef der Übergangsregierung wurde der bisherige Bürgermeister von Gjirokastra, *Bashkim Fino* (SP), bestimmt. Die Hoffnung, dass sich mit der Bildung der neuen Regierung die Situation entspannen würde, erwies sich jedoch als Trugschluss. Vielmehr setzten die Rebellen ihren Vormarsch auf die Hauptstadt fort, auf die schliesslich am 13. März 1997 für wenige Tage die Unruhen übergriffen.

Neuwahlen: Umkehr der Machtverhältnisse

Neben der Vorbereitung der vereinbarten Neuwahlen, die für den 29. Juni 1997 anberaumt wurden, prägten ständige Kompetenzstreitigkeiten zwischen dem sozialistischen Übergangspräsident und Präsident *Sali Berisha* das politische Klima vor dem Urnengang. Obwohl am 23. Juni 1997 die Vorsitzenden der SP, DP sowie der Sozialdemokraten unter Vermittlung der katholischen Gemeinschaft «Sant'Egido» in Rom einen «Pakt für die Zukunft Albaniens» unterzeichneten, in dem sie sich zu einem friedlichen Wahlverlauf verpflichteten, war der Wahlkampf bis zuletzt durch die Behinderung der Bewegungsfreiheit der politischen Kontrahenten auf dem von den jeweils eigenen Parteisympathisanten kontrollierten Territorium gekennzeichnet. So verhinderten im Norden bewaffnete Banden Wahlkampfveranstaltungen der SP, während im Gegenzug Sympathisanten der «Bürgerkomitees» geplante Wahlauftritte von *Sali Berisha* im Süden des Landes erfolgreich unterbanden. Der Wahltag selbst war von der Ermordung eines örtlichen DP-Vorsitzenden und Wahlbüroleiters im Bezirk Fier überschattet, verlief jedoch ansonsten nach Einschätzung der internationalen Wahlbeobachter weitgehend ruhig.

Bei einer Wahlbeteiligung von 70,3 Prozent (erster Wahldurchgang) erreichten die Sozialisten unter Einbeziehung der erforderlichen Nachwahlen in einigen Wahlkreisen (Stichwahlen) einen Stimmenanteil von 52,8 Prozent (1996: 20,4 Prozent) sowie 101 Mandate (1996: 10) in der insgesamt 155 Sitze zählenden Volksversammlung. Die DP fiel auf 25,7 Prozent (1996: 55,5 Prozent) und 24 Abgeordnete (1996: 122) zurück. Insgesamt schafften zwölf Parteien und drei unabhängige Kandidaten den Einzug in die Volksversammlung. Das parallel zu den Parlamentswahlen angesetzte Referendum über die künftige Staatsform Albaniens endete indes mit einer

unerwartet deutlichen Niederlage der Royalisten: Nur 33,3 Prozent der Wähler votierten für die Einführung einer Monarchie, hingegen sprachen sich 66,7 Prozent für die Beibehaltung der Republik als Staatsform aus.

Während Staatspräsident *Sali Berisha* sich mit seinem für den Fall einer DP-Wahlniederlage angekündigten Rücktritt bis einen Tag vor der Konstituierung des neuen Parlaments am 24. Juli 1997 Zeit liess, trat der DP-Vorsitzende *Tritan Shehu* bereits kurz nach dem zweiten Wahlgang von seinem Posten zurück. Für das vakante Amt des Staatspräsidenten nominierten die Sozialisten ihren bisherigen Generalsekretär *Rexhep Mejdani*, der nach der erfolgten Wahl in das höchste Staatsamt seinen Parteifreund und Vorsitzenden der SP, *Fatos Nano*, mit der Regierungsbildung beauftragte. Dieser stellte am 25. Juli 1997 sein Kabinett vor, das 22 Mitglieder aus fünf Parteien (SP, Sozialdemokraten, Demokratische Allianz, Agrarpartei sowie Partei der Menschenrechte) sowie einen parteilosen Minister (Justiz) umfasst. In der neuen Koalitionsregierung und Staatsführung begann bald nach dem Amtsantritt der neuen Ressortchefs eine umfassende personelle Erneuerung der Ministerien und der Streitkräfte mit eigenen Gefolgsleuten. Nachdem bereits am 15. August 1997 der bisherige Generalstabschef der albanischen Armee, General *Adem Copani*, seines Amtes enthoben worden war, folgte am 2. September 1997 die Entlassung der gesamten albanischen Militärspitze. Als Entlassungsgrund wurde jeweils die Beteiligung an Plänen des Verteidigungsministeriums angeführt, die ein militärisches Vorgehen gegen die Aufständischen in Südalbanien vorsahen. Der Erneuerung der Militärspitze folgte wenige Wochen später ein nahezu kompletter Austausch der albanischen Chefdiplomaten im Ausland.

Hatten schon die getroffenen Personalentscheidungen für eine Vergiftung des politischen Klimas zwischen den neuen Machthabern und der Opposition gesorgt, so spitzte sich das innenpolitische Klima durch einen Hungerstreik des ehemaligen Vorsitzenden der Volksversammlung, *Pjetër Arbëri* (DP), und einen Anschlag auf einen Abgeordneten der DP im Parlament weiter zu. Als Reaktion auf die Ereignisse beschloss die DP einen Parlamentsboykott durch ihre Mandatsträger und stellte auch ihre Mitarbeit in dem Ausschuss für die Ausarbeitung einer neuen Verfassung ein. Erst auf internationalen Druck hin und im Zusammenhang mit der Kosovokrise beendete die DP Anfang März 1998 ihren Boykott der parlamentarischen Arbeit und kehrte in die Volksversammlung zurück.

Einen herben Rückschlag erlitten die Konsolidierungsbemühungen der neuen Regierung durch zwei Ereignisse in Shkodra, die das angespannte innen-

politische Klima weiter verschärften. So rebellierten Angehörige der örtlichen Polizeikräfte Ende Januar 1998 gegen ihren neuen Polizeichef *Mithat Havari*, der am 5. Januar 1998 von der sozialistischen Regierung mit der Führung der Sicherheitskräfte in der als DP-Hochburg bekannten nordalbanischen Stadt beauftragt worden war, und nahmen den Polizeioberst, dessen Ablösung sie forderten, als Geisel. Gut einen Monat später entluden sich Ende Februar 1998 die latenten Spannungen in der Stadt erneut und weiteten sich nach einem Überfall von bewaffneten Banden auf staatliche Einrichtungen in der Stadt zu

Neben dem demoralisierten Polizeiapparat, der zum Teil noch aus Gefolgsleuten Berishas besteht, verweigerten zu Beginn des Jahres 1998 auch Teile der Justiz der sozialistischen Regierung die Gefolgschaft.

mehrtägigen Unruhen aus. Die gewalttätigen Ausschreitungen konnten erst durch die Entsendung von Spezialeinheiten beendet werden; die Probleme der Stadt wie die Verbindung von Kriminalität und sozialer Misere (Arbeitslosenquote über 60 Prozent) blieben jedoch ungelöst.

Neben dem demoralisierten Polizeiapparat, der zum Teil noch aus Gefolgsleuten *Berishas* besteht, verweigerten zu Beginn des Jahres 1998 auch Teile der Justiz der sozialistischen Regierung die Gefolgschaft. So konnte der wochenlange Hungerstreik einiger Richter erst nach zäher Vermittlung durch die OSZE gelöst werden. Die Betroffenen hatten zu Zeiten der DP-Regierung ihre Qualifikation lediglich in mehrwöchigen Schnellkursen erworben und protestierten mit der Aktion gegen ihre geplante Entlassung. Bis dato ungelöst ist schliesslich der Konflikt um jene drei Mitglieder des Verfassungsgerichts, die sich Ende 1997 weigerten, ihre turnusgemässe Ablösung zu akzeptieren. Daraufhin erklärte Staatspräsident *Rexhep Meidani* Mitte Februar 1998 alle Beschlüsse des Verfassungsgerichts solange für nichtig, bis das Gremium seiner gesetzlichen Verpflichtung zum Austausch der drei Richter nachgekommen sei. In seiner Sitzung am 14. März 1998 räumte das albanische Parlament dem Verfassungsgericht dafür eine Frist bis zum 31. März 1998 ein und erklärte gleichzeitig den bisherigen Vorsitzenden des Gremiums, *Rustem Gjata*, für abgesetzt. Da dieser sich weigerte, dem Beschluss Folge zu leisten, wurde *Rustem*

Gjata, dem eine Zusammenarbeit mit dem jugoslawischen Geheimdienst UDB vorgeworfen wird, am 16. März 1998 in einer Polizeiaktion gewaltsam aus dem Gebäude des Gerichts entfernt.

Ausblick

Im Zuge des Kosovo-Konfliktes hat sich das Verhältnis zwischen den beiden politischen Lagern in Albanien leicht entspannt. Auf gewisse Fortschritte bei der Kriminalitätsbekämpfung und bei der Verbesserung der allgemeinen Sicherheitslage konnte die neue Regierung bereits bald nach ihrer Amtsübernahme verweisen. Nach Angaben des neuen Innenministers *Neritan Ceka* (Demokratische Allianz) befanden sich bereits im Herbst 1997 alle wichtigen Nationalstrassen unter der Kontrolle der Polizei. Dennoch gilt die innere Sicherheit weiterhin als wenig gefestigt. So wurden seit den Wahlen bis Ende November 1997 423 Menschen durch Gewaltanwendungen (Schiesereien, Bombenanschläge) getötet. Weiterhin nur schleppend verläuft die Abgabe der während der Unruhen aus Armeebeständen entwendeten Waffen. Bis zum 30. September 1997, dem Tag, an dem die Frist für die straffreie Waffenabgabe ablief, war erst ein Sechstel der 652 000 (!) im Umlauf befindlichen Waffen wieder in staatlichen Besitz gelangt.

Offen bleibt weiterhin die Frage einer möglichen Entschädigung der Pyramidenopfer. So kündigte der Vorsitzende der Sozialisten, *Fatos Nano*, auf der Wahlkampf-Eröffnungsveranstaltung seiner Partei am 9. Juni 1997 in Vlora im Falle eines Wahlsieges die Rückzahlung der Sparguthaben an, doch unterblieb bislang eine Umsetzung des nach Meinung von Beobachtern leichtfertig geäusserten Versprechens. Zwar verabschiedete die neue Regierung bereits am 30. Juli 1997 das Gesetz zur Kontrolle von Pyramidenspielen, eine Entschädigung der betroffenen Anleger fand jedoch bisher nicht statt. Die von der internationalen Staatengemeinschaft mit der Überprüfung der Anlagefirmen beauftragte Buchprüfungsfirma *Deloitte & Touche* stellte Anfang März 1998 die Zahlungsunfähigkeit der fünf von ihr untersuchten Anlagegesellschaften («VEFA», «Silva», «Cenaj & Co.», «M. Leka», «Kamberi») fest. Eine Entschädigung ist damit in weite Ferne gerückt. ♦

Dipl.-Pol. STEPHAN LIPSUS, geb. 1965, Studium der Politikwissenschaft, Soziologie und Geographie in Marburg / Lahn (Hessen) und Wien. Diplomarbeit über den «Demokratisierungsprozess in Albanien» (1992). Wissenschaftlicher Assistent am Lehrstuhl für Politische Systeme und Systemvergleich der Technischen Universität Dresden (1992–1993). Freier Mitarbeiter des ARD-Hörfunkbüros Südosteuropa in Wien (1990–1995). Korrespondent in Litauen für Hörfunk und Zeitungen (1995–1996). Derzeit Autor und freier Journalist in Kassel.